

Elektroautos: Höhere Steuern ab April - Was bedeutet das für die Fahrer?

Ab 1. April 2025 gilt die motorbezogene Versicherungssteuer auch für Elektrofahrzeuge in Österreich. Was bedeutet das für E-Pkw und E-Motorräder?

Wien, Österreich - Ab dem 1. April 2025 ist es endgültig vorbei mit der Steuerfreiheit für Elektrofahrzeuge – ein dramatischer Schritt, der sowohl Auto- als auch Motorradfahrer in Österreich betrifft. Laut Informationen von **krone.at** wird die motorbezogene Versicherungssteuer jetzt auch für E-Autos und E-Motorräder gelten. Die einstige Befreiung von dieser Steuer, die in Deutschland bereits abgeschafft wurde, wird eine zusätzliche finanzielle Belastung für die Fahrer mit sich bringen, die im Durchschnitt auf etwa 500 Euro pro Jahr hinauslaufen könnte. Die Steuer wird auf Basis von Eigengewicht und Leistungsangabe im Zulassungsschein berechnet und könnte für manche Nutzer sogar niedriger ausfallen, da viele E-Fahrzeuge unter besonderen Gewichtsklassen rangieren.

Besonders bitter für die Halter von Plug-In-Hybriden: Auch die Steuern für diese Fahrzeuge werden angehoben. Hier berichten Kritiker, dass diese Maßnahme die Attraktivität der Elektromobilität gefährden könnte, wie **hna.de** anmerkt. Die neu gewählte Regierungskoalition aus ÖVP, SPÖ und NEOS hat diese Entscheidung getroffen, was befürchteten Unmut unter E-Auto-Besitzern hervorrufen könnte. Die Einführung der Steuer könnte dem Staat zusätzlich rund 65 Millionen Euro pro Jahr in die Kassen spülen, während gleichzeitig die Förderung für gewerblich genutzte Elektroautos teilweise bestehen bleibt.

Steuersystem für E-Motorräder

Für E-Motorräder gilt ab dem gleichen Zeitpunkt eine neue Steuerregelung, die analog zur Besteuerung von Verbrennern erfolgt. Besitzer von Elektromotorrädern müssen mit einer Steuer von 0,50 Euro pro kW (abzüglich 5 kW) rechnen, was mindestens 2,00 Euro pro Monat bedeutet. Für die derzeit stark wachsende Gruppe von elektrischen Einspurfahrzeugen in Österreich, die vor allem im Bereich des Mopedäquivalents angesiedelt ist, wird die Steuerlast jährlich zwischen 24 und 36 Euro betragen.

Die Entscheidung zur Abschaffung der Steuerbefreiung wird von Umweltverbänden und der Automobilwirtschaft scharf kritisiert. Sie warnen davor, dass diese Maßnahme die Akzeptanz und Verbreitung von Elektromobilität erheblich einschränken könnte, während gleichzeitig Initiativen zur Verbesserung der Ladeinfrastruktur und zum Konsumentenschutz auf den Weg gebracht werden sollen.

Details	
Vorfall	Steueränderung
Ort	Wien, Österreich
Quellen	• www.krone.at • www.hna.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at